

# Neues

15 Pfennig

Gründet



1704

# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben ver- t. Taglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.90 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, GmbH: Direktor: Georg Bernhard, Verantw. Red. (im Anm. d. Handelsl.): I. v. Karol-Waldhoff-Pillipp, Bln. Uv. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dählhoff (A 7) 2609—2665, für den Fernverkehr Amt Dählhoff 3665—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

## Staatspartei

Die Gründung der Deutschen Staatspartei war für Freunde und Feinde eine Lebensfrage. Jeder Schritt ist eine vollendete Tatsache geworden. Und schon das mitz nach so vielen vergeblichen Verhandlungen wie eine Erklärung. Wenn es sonst in viele Meinungen wie Köpfe im deutschen Parteiende gibt, in dem einen Punkt sind alle einig: das bisherige Parteienbild hat veraltet. Aber was kommt man zur Erneuerung angedacht als Maßregeln, das die Persönlichkeit ausmacht, die Zersplitterung begünstigt und den Abgeordneten, ob er will oder nicht, zum Exponenten einer Gruppe macht, eines Systems, das seine Krönung findet in der Förderung Sugenbergs, das bei dem im genannten Abgeordneten ihr Mandat niederlegen haben, wenn sie keine Änderungen nicht befehlen? Deshalb ist die Wahlreform so wichtig, die den Abgeordneten wieder zur selbständigen moralischen Persönlichkeit macht und die Förderung der Befähigung vorzuziehen, das das Mandat im Dienst des Volksgesetzes auszuüben ist, nicht nach irgendwelchen Befehlen.

Auf die Wahlreform warten wir lange genug. Sie wird nur kommen, wenn eine mächtige Volksbewegung sich dafür einsetzt. Den Anfang dazu macht die neue Staatspartei, deren Aufbau die Wahlreform an die Spitze ihrer Forderungen stellt, indem der Reichstagsreform wieder zur selbständigen Tätigkeit wurde bei den Vorbereitungen, die nach der — trotz allem — überaus bescheidenen Mandatsaufstellung befehligen betrieben wurden, die bloße Wiederholung von Parteizweigen vermeiden. Was hätte man erreicht, wenn aus je zwei oder drei Parteivorständen ein einziger geworden wäre mit veredelten und verdreifachten inneren Widerständen und Widerständen? Im besten Falle eine bessere Fassade für wankende Gebäude.

Den Ausgangspunkt der neuen Gründung bildet das Gespräch, das der tobrante Streifmann vor seiner letzten Fahrt nach Genf mit dem Führer der Demokratischen Partei in Blynnau hielt. Niemand kann Streifmann erleben, seine innere Wärme, seine Kraft, Menschen und Dinge zu formen, seine Wärme, seine Unmittelbarkeit, seine ganze Persönlichkeit, die auch den niedersten Gelegenheiten Glanz und Schimmer inneren Erlebens verleiht. Wie hat er immer wieder die widerstrebenden Interessengruppen, die sich in seiner Partei erbittert befehdeten, zusammengefaßt und zusammengefaßt! Wie hat er dieses ungeheuer Instrument gemeißelt! Wie hat er durch alle Widerstände hindurch seinen Weg gefunden! Wenn in seiner Partei kein Geist und Wille noch da sind, wenn im Land die der Bedanke der der Gründung der Deutschen Staatspartei vorzuziehen, auch in ihren Reihen durchgehen.

Die neue Partei soll die Zersplitterung nicht vermehren, sondern vermindern. Eine Anzahl demokratischer Führer hat es auf sich genommen, ohne Befragen der Parteimitglieder mitunter und damit die eigene Partei zur Auflösung zu zwingen. Eine ungewöhnlicher Schritt, gerechtfertigt durch die unerschütterlichen Umstände. Der Wille, von einer Partei, die in den schwersten Jahren des deutschen Widerkampfes opfernde Arbeit geleistet und eine Reihe der tüchtigsten Führer des neuen Deutschland gestellt hat, wird nicht schwer fallen. Es wird auch Kreise geben, die der Zusammenarbeit mit der Volksnationalen Vereinigung nicht ohne Mißtrauen gegenübersehen. Aber jeder Zusammenstoß wird überleben, was den großen Glauben will.

Es wird entscheidend sein, wie durch die Gründung der kommenden Zeit Ausgestaltung, Erneuerung und Begrenzung finden. Eine war geboren. Denn es befand die Gefahr, daß der Wahlkampf unter völlig verwirrten Verhältnissen durchzuführen und daß es nachher zu spät gewesen wäre. Man soll gemäß nicht Wahlentscheidungen für das Maß und das Ende aller Dinge ansehen. Aber man darf nicht übersehen, daß es nicht durch die Gründung der Sugenbergs, stehen auch in diesen Verhältnissen mit dem Sugenberg, „Ausgestaltung des Marxismus“. Die Reichstagsauflösung riefte sich gegen Hiler und Sugenberg, aber auch gegen die Sozialdemokratie. Siegermal, eine der bedeutendsten Figuren des Kabinetts Brüning, hat in Offen aussein-

## Wird die Partei folgen?

Mittwoch Tagung des demokratischen Partei-Ausschusses

Der partei-offizielle Demokratische Zeitungsdienst liefert sich zu der Gründung der Deutschen Staatspartei in folgender Weise:

Am Sonntag ist in Berlin die Deutsche Staatspartei gegründet worden. Zu den Männern und Frauen, deren Namen unter dem Aufbruch der neuen Partei stehen, gehört der Parteivorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Erich Koch-Weser. Es gehören weiter, neben anderen führenden Demokraten dazu der Reichsfinanzminister Dietrich, der preussische Finanzminister Spöcker-Hoff sowie die führenden Reichstagsmitglieder Frau Dr. Wäumer, Staatssekretär a. D. Oscar Berger und Ernst Kemmer.

Die erste Aufgabe kennzeichnet die Bedeutung des Ereignisses. Die Parteimitglieder der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Mittwoch im Plenarsaal des Reichstages zusammen und wird dann die Entscheidung darüber fällen müssen, wie sich die abgehende Parteimitgliedschaft zu dem in Berlin gegründeten Parteivorstand verhalten soll.

Obne aber eine Entscheidung vorzunehmen zu wollen, ist es notwendig, auf einige Bedenken hinzuweisen. Entschieden für die Neugründung war der Wille zum Zusammenstoß. Aufgabe der Führung der Deutschen Staatspartei wird es sein, dahin zu wirken, daß der Zusammenstoß aus tatsächlicher Minderheit wird. Erich Koch-Weser hat in dieser Hinsicht gesagt, daß das, was bisher sichtbar geworden ist, ein Anfang und kein Ende ist. Hier werden die nächsten Tage zeigen, ob und welche Organen dem gewollten Zusammenstoß gefest sind. Das persönliche Wille, das jetzt demokratische Führer auf sich genommen haben, ist aus dem festen Willen zum Zusammenstoß zu erklären.

Es gilt zu entscheiden, ob jetzt der Augenblick gekommen ist, in einen größeren Rahmen demokratisches Verhalten einzubringen und demokratisches Verhalten erneut politisch zu aktivieren. Demokratische Führer haben sich aus dieser Entscheidung gefüllt und die Frage nach der Verantwortlichkeit des Augenblicks bejaht. Sie werden in der Parteivorbereitung dafür gerade stehen und für ihre Auffassungen kämpfen.

Das ist nach der formalen Seite hin selbständig und ohne bestimmten Parteitag gehandelt haben, ist ja klar und wird von ihnen nicht bestritten. Wer die Geschichte der Parteimitglieder und Parteimitglieder kennt, der weiß, daß solche Entscheidungen immer nur von führenden Persönlichkeiten gefällt werden können. Es kommt darauf an, daß diese Persönlichkeiten dann ihre Gesandtschaft überlegen und hinter sich bringen können.

Für den Parteivorstand werden entscheidend die Auffassungen darüber sein, wer in der neuen Partei führt und was diese Partei bezweckt. Der Aufbruch gibt über das Programm Auskunft. Statuten werden zu einem solchen Aufbruch nur politische Ergänzungen notwendig sein, aber in dem Aufbruch ist nicht, für das nicht auch in der Deutschen Demokratischen Partei gemacht worden ist.

Was alles wird der Parteivorstand darüber zu entscheiden haben, ob eine politische Entscheidung in ihrer Gesamtheit angebracht ist, die für das Vaterland notwendig erscheint. In

der Entscheidung über die Frage haben die kleineren partei-tätigen Frauen zuzufinden.

Man darf wohl sagen, daß für die meisten Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei die Eingliederung in ein neues und größeres Parteigebilde ein Opfer bedeutet. Wenn von ihnen jetzt das Opfer verlangt wird, zwar für die gleichen Gedanken, mit andern, mit neuen Kampfmitteln sich zu verbinden und alte, liebgewordene Formen zugunsten einer größeren Kampfgemeinschaft aufzugeben, dann müssen die Männer und Frauen, die der Demokratischen Partei anhängen und jetzt den Entschluß zur Gründung einer Deutschen Staatspartei mitgehen haben, am Mittwoch im Reichstag die Entscheidung dafür geben, daß sich das Opfer alter Kampfmittel lohnt und daß innerhalb dieser Deutschen Staatspartei der demokratische Gedanke in der Zukunft verwirklicht wird.

## „Wir brauchen eine starke Mitte“

Hamburg, 28. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Wahlgemeister Dr. Carl Petersen, der bisherige Epochenführer der Sugenberger Demokraten, der den Aufbruch zur Gründung einer Deutschen Staatspartei mit unterzeichnet hat, erklärt aus der neuen Partei: „Wir brauchen eine große Partei der Mitte, in der die liberalen, nationalen und nationalen Gedanken zusammengefaßt werden.“ Die Gründung dieser Partei beruht auf dem Boden für eine solche notwendige Sammlung der Kräfte.

„Ich bin gewiß durch das politische Leben festlich geworden, aber ich hoffe, daß die Saat der Gegenwart und die Erfahrungen der letzten Jahre ihren Einfluß nicht verlieren werden. Im Interesse der Allgemeinheit ist es notwendig, daß Sozialpartei entsteht, innerhalb derer ein Ausgleich der verschiedenen Elemente möglich ist wie beim Zentrum. Wir brauchen ein Organ, welches die liberale Mitte gegenüber den großen Parteien Zentrum und Sozialdemokratie. Wir müssen uns freimachen von den derzeitigen dogmatischen Standpunkten der alten Parteien. Eine neue aufgehen, um aus den alten ausgefahrenen Gleisen herauszukommen.“

Köln, 28. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die „Rheinische Zeitung“ bejaht die Gründung der Deutschen Staatspartei. „Es bedarf, daß es offenbar nicht möglich gewesen ist, schon für die erste Kundgebung namhafte Führer der Deutschen Staatspartei zu gewinnen; es würde ein Fehler sein, wenn man es nach dieser Richtung an energischen Vorhaben fehlen ließe.“

Das die „weitergehenden umfassenden Sammlungsbestrebungen“ der Deutschen Staatspartei zum Erfolg führen würden, ist nach allem, was bisher darüber bekannt, nicht leicht vorstellbar. Ein Wahlkampf ist keineswegs eine Staatspartei, und daß wir eine solche Bewegung nötig brauchen, ist auch in weiten partei-tätigen Kreisen längst bekannt. „Wir hoffen also, daß die erste Bewegung durch eine vernünftigen Lockerung werden wird, und die kann nur zum Anstoß in die eingeleitete Bewegung führen.“

angebelehrt, warum der Reichspräsident die Neugründung von Staat und Reich nicht an die Sozialdemokratie übertragen verurteilt. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie die bisherige Stellung, die sie in den Kabinetten der Großen Koalition innehatte, nicht freudlos zu machen verstanden und ihre Klage, daß der „Würgerdick“ das Feld beherrsche, ist zugleich die Zustimmung über eigenes Verlangen.

Es ist ohne die Sozialdemokratie regiert worden, und die Sozialdemokratie hat dafür reuig, indem sie die Reichstagsauflösung erzwang. Die Regierung Brüning hatte bei der entscheidenden Abstimmung eine Front hinter sich, die von Westphal die Lemmer leitete. Darüber ist die Deutsche nationale Partei vollends auseinandergebrochen. Das darf aber darüber nicht täuschen, daß die Minderheit des 18. Juli keine dauernde Kombination darstellte, vor allem keine Kombination, mit der die notwendigen großen Reformen durchzuführen wären. Reformen gegen den Parlamentarismus und gegen die wichtigsten Grundlagen der Demokratie.

Es hat deshalb auch kein Mann, den Wahlkampf zu führen, als ob die Minderheit des 18. Juli die gegebene Mehrheit für die kommende Reichsregierung sein müßte. Oben-gegen kann es das Ziel dieses Wahlkampfes sein, die Re-

gierung Brüning in ihrer eigenen Zusammenlegung unter allen Umständen durchzuführen. Man wird selbstverständliche Befürwortungen der Sozialdemokratie mit Aufgeschlossenheit zurückerufen und kann auch guten Gewissens für einen großen Teil der Abstammung eintriften, die nach der Auflösung des Reichstages erfolgt sind. Aber es wäre kurz, nicht und auslöslich, die Gruppierung des 18. Juli als feste, unabänderliche Grundlage der kommenden Entwicklung hinzunehmen. Das ist aber offenbar das Ziel der führenden Kräfte der Deutschen Staatspartei, die sich einen Erfolg davon versprechen, wenn sie gemeinsam mit Schiele und Westphal in den Wahlkampf ziehen.

Am Ende eines solchen Wahlkampfes fände die Frage, ob die Ausschaltung der Sozialdemokratie nicht auch nach dem weiteren Opfer einer Verbindung mit den Reichstagsabstimmern erforderlich. Genau so wie es in Thüringen gegangen ist, und wie es in Sachsen geschehen sollte, wenn die Deutsche Staatspartei und die Wirtschaftspartei die Entscheidung in der Hand gehabt hätten. Einer solchen Politik der Zusammenfassung der Volkspartei vorzugehen werden durch die Zusammenfassung der Volkspartei, den Kräfte der Mitte, die nicht in einer übergebenen Wahlkoalition aufgehen, sich aufgeben wollen.